

10.10.2024

Vorlage für die Sitzung des Bildungsausschusses

am 10.10.2024

Antrag

der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und SSW

Demokratiebildung in der Schule weiterentwickeln

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass Demokratiebildung bereits heute ein fester Bestandteil schulischer Bildung und in den Bildungs- und Erziehungszielen des Schulgesetzes sowie in allen Fachanforderungen fest verankert ist.

Mit dem Entwurf zur Änderung des Schulgesetzes (Drucksache 20/1965) wurden zahlreiche schulgesetzliche Aspekte zur Förderung von Demokratiebildung, wie z.B. die Ausweitung der Bildungs- und Erziehungsziele sowie die Mitwirkung der Elternarbeit und der Schülervertretung weiter gestärkt. Schule hat somit bereits heute einen gesetzlichen Rahmen für die Demokratieförderung.

Der Landtag begrüßt ausdrücklich das vielfältige und vorbildliche Engagement der Schulen in unserem Land. Viele Schulen in Schleswig-Holstein engagieren sich in Netzwerkschulen wie die Europaschulen, die Zukunftsschulen, die UNESCO Projekt Schulen oder im Vorhaben Schule mit Courage/Schulen ohne Rassismus. Mit der im Land gut verankerten BNE Strategie der Landesregierung und ihrem *Whole school approach* sowie der *Global Citizenship Education* wird zudem ein weiterer wichtiger Beitrag für die Demokratiebildung in einer global vernetzten Welt geleistet.

Demokratiebildung wird in Schule gelebt und ist über den Unterricht in den einzelnen Fächern hinaus ein wichtiger Bestandteil der schulischen Kultur in unserem Land. Der Landtag begrüßt ausdrücklich, dass Schleswig-Holstein mit dem § 47 f der Gemeindeordnung die in der Bundesrepublik weitreichendsten Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche verankert hat.

Mit der International Civic and Citizenship Education Study (ICCS) 2022 und der SWK-Gutachten „Demokratiebildung als Auftrag der Schule – Bedeutung des historischen

und politischen Fachunterrichts sowie Aufgabe aller Fächer und der Schulentwicklung“ liegen aktuelle wissenschaftliche Empfehlungen für die Förderung von Demokratiebildung in Schule vor.

Ergänzend zu den Forderungen des Beschlusses des Landtags „Stärkung der politischen und ökonomischen Bildung fortsetzen“ (Drucksache 20/830) bittet der Landtag die Landesregierung,

- Informationen zur gesetzlichen Verankerung sowie alle vorhandenen Konzepte und Maßnahmen zur Demokratiebildung einschließlich von Best-Practice Beispielen in einem Orientierungsrahmen zusammenzufassen und mit diesem eine praxisgerechte Aufbereitung für Lehrkräfte und Schulleitungen vorzulegen.
- auf Basis der Ergebnisse der international vergleichenden International Civic and Citizenship Education Study (ICCS) 2022 sowie des SWK-Gutachtens „Demokratiebildung als Auftrag der Schule – Bedeutung des historischen und politischen Fachunterrichts sowie Aufgabe aller Fächer und der Schulentwicklung“ die Konzepte für Demokratiebildung an Schule zeitgemäß und wissenschaftsbasiert weiterzuentwickeln und darin auch die Empfehlungen der Kulturministerkonferenz zur Demokratiebildung aus 2018 einzubeziehen. Zielrichtung soll dabei im Sinne einer Theorie-Praxis-Verzahnung neben dem Erlernen von Demokratie auch das Erleben von Demokratie im Sinne einer demokratischen Schulkultur sein, damit die Schülerinnen und Schüler ein Verständnis für politische Aushandlungs- und Einigungsprozesse abseits eines binären Freund-Feind-Denkens entwickeln und die eigene und gemeinsame Gestaltungsfähigkeit der Schul- und Lebenswelt erfahren. Die Ergebnisse der ICCS Studie 2022 in die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte aufzunehmen und insbesondere die Angebote zu politischen Diskursen für Schülerinnen und Schüler fächerübergreifend zu stärken und damit Demokratie in der Schulgemeinschaft erlebbar machen. In diesem Zusammenhang begrüßt der Landtag, dass mit dem Schuljahr 2024/25 das bereits eingeführte und evaluierte Schülerfeedback für alle Schulen flächendeckend und verpflichtend umgesetzt wird.
- zu prüfen, inwieweit die seit dem Schuljahr 2024/25 zur Verfügung gestellten Ausfüllhilfen für die Tathintergründe der Datenbank zum Gewaltmonitoring (GeMon) dazu führen, dass antisemitische, extremistische und rassistische sowie Vorfälle gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit differenzierter erfasst werden.
- im Orientierungsrahmen für die Qualitätsentwicklung an Schulen das Thema Wohlbefinden unter Berücksichtigung der Konzepte des *Growth Mindset* zu integrieren und für die Schulentwicklungsberatung sowie für die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften ausdrücklich zum Thema zu machen. Damit wird ein Fokus auf die Fähigkeit aller Schülerinnen und Schüler gesetzt, sich als Lernende mit Entwicklungs- und Einflussmöglichkeiten zu begreifen.
- außerschulische Lernorte mit Demokratiebezug noch besser bekannt zu machen und zu fördern. Außerschulische Lernorte können in besonderem Maße eine Auseinandersetzung mit anderen Lebenswelten sowie Positionen fördern und zu weiteren und vielfältigen Partizipationsmöglichkeiten anregen.

- weitere Formate für die Steigerung von Medienkompetenz, insbesondere solche, die die Mechanismen und Herausforderungen von Social Media Plattformen verdeutlichen, in den Themenkomplex von Demokratiebildung einzubinden.
- Schulen und insbesondere die Lehrkräfte darin zu ermutigen, das kommunale Interesse der Schülerinnen und Schüler sowie die Möglichkeiten politischer Partizipation in ihrem Umfeld zu fördern und Best-Practice Beispiele zu sammeln, wie Kinder und Jugendliche sich schon heute vor Ort politisch beteiligen und sich für Kooperationen zwischen den Schülervvertretungen und der kommunalen Politik einzusetzen. Unser Ziel ist, durch eine aktive Kinder- und Jugendarbeit vor Ort, die gleichberechtigte Teilhabe junger Menschen an demokratischen Strukturen zu fördern. Dazu ist es notwendig, dass sich Schule für die gesellschaftlichen Strukturen ihres Umfelds öffnet und auch außerschulische Akteurinnen und Akteure neben Lernen am anderen Ort auch durch Kooperationen und Einbeziehungen in Projektarbeiten und den regulären Fachunterricht beteiligt werden. Bei all dem nimmt Schule das politische Engagement und Interesse von Schülerinnen und Schüler besonders in den Blick, die Aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Herkunft oder anderer Merkmale bisher in den demokratischen Strukturen unterrepräsentiert sind.
- praktische Konsequenzen, die sich aus aktuellen bildungspolitischen Gegebenheiten für das Fach Wirtschaft/Politik ergeben, im Blick zu behalten. Dazu gehört zurzeit die Untersuchung der Auswirkungen der Oberstufenreform auf das Fach Wirtschaft/Politik. Wichtig ist, dass das Fach Wirtschaft/Politik nicht geschwächt werden darf.
- zu prüfen, wie Lehrkräfte im Fach Weltkunde in der zweiten Phase ausgebildet werden können.
- zu prüfen, wie das Fach Weltkunde an Gemeinschaftsschulen ab Klasse 5 zukünftig verstärkt für die Demokratiebildung genutzt werden und dazu ggfs. eine Anpassung der Leitfäden und Fachanforderungen vornehmen,

Begründung:

Unsere Demokratie lebt von der politischen Partizipation ihrer Bürgerinnen und Bürger auf Bundes-, Landes-, und kommunaler Ebene. Besonders in Zeiten eines erstarkten Rechtspopulismus und Extremismus (insbesondere Rechtsextremismus und Islamismus) in Europa gilt es, dass Bewusstsein und Verständnis unserer Kinder und Jugendlichen für Demokratie zu stärken.

Demokratiefeindliche Kräfte im In- sowie Ausland versuchen über z.B. Desinformationskampagnen in den Sozialen Medien demokratische Prozesse und Vertreter zu diskreditieren, zu delegitimieren und letztendlich die Gesellschaft zu beeinflussen und die Demokratie zu schwächen. Das Aufzeigen von gelebter Demokratie vor Ort ist ein wichtiger Teil der politischen Bildung. Nur wenn junge Menschen Interesse an der eigenen politischen Partizipation entwickeln, können wir unsere Demokratie nachhaltig stärken.

Die seit 2016 von der AWO eingerichteten „Demokratie-Kitas“ in Schleswig-Holstein demonstrieren erfolgreich, dass Demokratie und Partizipation ein Thema ist, das bereits die Kleinsten angeht und von ihnen geschätzt wird.

Demokratiebildung bildet bereits heute einen festen Bestandteil schulischer Bildung. Dies gilt für den Unterricht, aber auch für feste Beteiligungsformen, wie z.B. die Wahl der Klassen – und Schulsprechenden und der Landesschülervertretungen. Darüber hinaus wird Demokratiebildung durch unterschiedliche Diskussions- und Dialogformate an Schule und an außerschulischen Lernorten ergänzt.

Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein haben als einzige Bundesländer an der *International Civic and Citizenship Education Study* (ICCS) teilgenommen. Diese internationale vergleichende Studie zur politischen Bildung und Demokratieerziehung bietet Perspektiven darauf, wie Schülerinnen und Schüler weltweit auf ihre Rollen als Bürgerinnen und Bürger in Demokratien vorbereitet sind und vor allem in der Schule vorbereitet werden. Die Studieninhalte lassen Schlussfolgerungen für Demokratiebildung an Schule zu.

Demokratie lebt vom Mitmachen. Hierfür ist es eine zentrale Voraussetzung, dass jeder Mensch sich als aktiver Teil der Gesellschaft begreift. Durch das pädagogische Konzept des *Growth Mindset* wird diese Selbstwahrnehmung als Lernender mit Entwicklungs- und Einflussmöglichkeiten unterstützt.

Martin Balasus
und Fraktion

Malte Krüger
und Fraktion

Martin Habersaat
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering
und Fraktion